

Politische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabnehmer sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: "Unterhaltungsblatt", "Finanz- und Handelsblatt". Sonntags: Die illustrierte Beilage "Zeitbilder" und "Parasitische Umstoschungen". — Mittwoch: "Für Reise und Wanderung". — Donnerstag: "Recht und Leben".

Wochentlich 1,- Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Ausgenommen: Auslieferung in Goldmark, mm-Zeile 50 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur: Hans A. Handmann. Carl Misch, Berlin. Ullstein.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasch-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 5000-3664, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3668-3669. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postbescheid Berlin 66.

Blutige Zusammenstöße in Charlottenburg

Die Protestdemonstrationen der Kommunisten / Schüsse in der Volkshof / Zahlreiche Verletzte

Gestern Abend veranstaltete der 'Rote Frontkämpferbund' gemeinsam mit der Kommunistischen Partei unter harter Beteiligung eine Protestdemonstration gegen den Verstoß der Nationalsozialisten auf dem Bahnhof Scharfede-Ost. Die Menge sammelte sich am Untergrundbahnhof Scharfede und zog von dort aus durch Charlottenburg nach dem Scharfedeplatz und dem Friedrich-Rath-Park, wo Versammlungen stattfanden, in denen Selbstschutzbewachungstruppen zehntausend Mann und vierhundert Gewehre aufgestellt wurden.

Am 20. und 21. März kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen mit den Angehörigen der Schutzpolizei, bei denen diese wiederholt von der Schutzpolizei geschossen wurden mußte. Insgesamt blieben etwa 40 bis 50 Personen Verwundungen erlitten haben. Unter den Verwundeten befindet sich auch der Selbstschutzbewachungstruppe zehntausend Mann, der bei einem Zusammenstoß in der Nähe des Scharfedeplatzes eine blutende Kopfverletzung erlitten hat. In späteren Nachfragen deuten die Zusammenstöße und Zusammenrottungen an.

Obwohl es die einzelnen Schüsse aus der Verlethier- und aus dem Scharfede der Stadt nach dem Rote ange, kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Gegen 7/8 Uhr trauerte einer der Schüsse den Schutzpolizei. In der Dankschreiben verurteilten die Polizeibeamten, den Schützen des Rotes für den Versuch freizulassen. Als ein Obermündlicher der Führer des begleitenden Mannschaften der Polizei, einen Mordversuch feststellen wollte, wurde er zu Boden gerissen und gab in der Verlethier die Schredschüsse ab. Ein Polizeiwachmann P. von der Polizei-Inspektion Kreuzberg wollte einen der Verlethier festnehmen. Im gleichen Augenblick schandten diese in der Wonne Schmittputz auf. Auch der Polizeiwachmann gab einen Schuss auf sein Dienstrevolver ab, ohne jedoch jemanden zu verletzen.

In der Wilmsdorfer- und Berliner Straße in Charlottenburg kam es zu einem weiteren Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei. Die Beamten schändten in Schützen aus und gaben über 100 Schüsse aus Karabinern und Dienstrevolvern ab. Dabei wurden sieben Personen sehr schwer verletzt und von den Kommunisten fortgeschleppt. Die Polizei nahm über 20 Verlethier gefangen.

Als ein Zug von Demonstranten an der Bremer Ecke Friedensbrücke vorbeifuhr, kam es dort ebenfalls zu einem Konflikt mit Polizeibeamten.

In der Potsdamer Straße in Charlottenburg wurden bei einem Zusammenstoß die Beamten der Schutzpolizei von den Kommunisten entworfen.

Auf der Weberstraße griffen die Kommunisten den Steuerzahler und dessen Beamte an. Daraufhin gaben die Beamten Feuer und verletzten drei Personen schwer. Die ganze Umgebung wurde mit einem starken Aufbruch von Polizei geräumt.

Arbeitszeit-Kompromiß der Regierungsparteien

Die langwierigen Verhandlungen der Regierungsparteien über das Arbeitszeitgesetz sind gestern zum Abschluß gekommen. Man hat sich mit der Arbeitsregierung dahin geeinigt, daß die Arbeitszeit in den beiden Gruppen der heimischen Arbeiter und der Selbstschutzbefugten für Arbeitsverhältnisse geändert werden soll. Während in der ursprünglichen Fassung des Arbeitszeitgesetzes heimische Arbeiter überhaupt unterlag werden für, wird sie nun in einzelnen Fällen wieder ausgenommen und zwar insbesondere dann, wenn es sich um die Fortschreibung von angelernten Arbeitern handelt, deren Arbeitsverhältnisse wirtschaftlich Geben bringen könnte.

Der Selbstschutzbefugte soll bei Arbeitszeit 25 u. S. nur dann bezogen, wenn seine anderen Vereinbarungen vorliegen. Als Ersatz für den normalen 25proz. Selbstschutzbefugte gelten tarifliche Vereinbarungen, ein Schlichtungsgesetz und Bestimmungen der zuständigen Behörden.

Die Zustimmung aller Regierungsparteien zu dieser Vereinbarung liegt vor. Sie bedeutet, daß das Zentrum von seinem ursprünglichen Standpunkt abgegangen ist und die Deutsche Volkspartei sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie in der Frage des Selbstschutzbefugten sehr wesentliche Zugeständnisse gemacht hat.

Briand über Albanien

Vor der Kammer

Nachrichtenblatt der 'Vossischen Zeitung'

Paris, 22. März

Nach dem Schluß der heutigen Kammerdebatte hat der Präsident bekannt, daß ihm von den italienischen Abgeordneten Blum und Fontanari zwei Interpellationsanträge über die französische Politik im Balkan und die Haltung, die Frankreich im südlich-slawischen Konflikt einzunehmen gedenke, auszugehen seien. Der Präsident richtete an die Regierung die Frage, welchen Ton sie für die Diskussion dieser Interpellationen vorzöge. Antwort: Briand unter dem Namen Schwegen die Kammerdebatten. Wenn ich möchte, begann der Staatsminister, aber die Debatte über diese Frage den glücklichen Anlaß der politischen Ereignisse, denen wir beizuhelfen, bestmöglichen Punkte, würde ich als erster für die sofortige Diskussion der Interpellationen eintreten. Aber ich glaube es nicht und schlage deshalb die Beratung vor. Die Interpellationen sollen einige Erklärungen von der Regierung erhalten. Ich freue mich deshalb, erklären zu können, daß die französischen Außenminister einen friedlichen Lösung vorgezogen.

Wenn ersten Tage an hat die französische Regierung sich alle Mühe gegeben, das, wo sie über einfließen verweigert, Maßregeln der Abklärung und der Zurückhaltung zu erzielen. Es freut mich, bei dieser Gelegenheit betonen zu können, daß dies in vollem Einklang mit den Absichten Englands und Frankreichs steht. Die Belgische Regierung hat ihrerseits außerordentlich schnelle und befriedigende Erklärungen abgegeben. Auf dem Wege einer neuen Propaganda hat sie sich bereit erklärt, sich einer internationalen Untersuchungskommission zu unterwerfen, die feststellen könnte, ob die gegen sie erhobenen Beschuldigungen unanoch sind (bestehender Beifall auf allen Banken). Sie haben deshalb allen Grund, diese Angelegenheiten mit Befriedigung (schreien) und der sofortigen Ausdrück zu geben, daß der Friede, den wir alle wünschen, nicht durch einen neuen Zwischenfall gefährdet werden will. (Beifall.)

Wenn man feststellt, alle diese Regierungen sich bemühen, den Konflikt beizulegen, glaube ich, daß man beruhigt sein darf. Jedoch, und das wiederhole ich ausdrücklich, was die französische Regierung anbelangt, so hat sie den lebhaftesten Wunsch, alles zu tun, um überall den Frieden ausbreiten zu erhalten. (Stürmischer Beifall auf allen Banken.)

Der Interpellant Fontanari ergreift darauf das Wort. Er gibt seiner Verbannung Ausdruck, daß mit dieser Frage der Weltfrieden sich bis jetzt nicht befestigt habe. Er hofft, daß dies in allerletzter Zeit geschehen möge.

Nach ihm sprach der Kommunist Verthout. Er erinnert an die Korinthische, glaubt nicht an die Wirksamkeit des Weltfriedens und ist im Gegenteil überzeugt, daß alle Nachrichten, die von dem Friedenswillen Italiens sprechen, erlogen sind.

Einacard: Wenn der Weltfrieden die Affäre von Korinthis nicht geregelt hat, so geschah es deshalb, weil die Vorkosterforderung ihn regierte. Aber alle Schritte zu einem Eingreifen des Weltfriedens waren bereits getan.

Darauf ergreift der Sozialist Blum das Wort. Er stellt mit Befriedigung nach der Rede Briands fest, daß der Konflikt aller Vorkonflikte nicht auf friedlichem Wege gelöst wird. Aber trotzdem habe das französische Parlament an einer ausgiebigen Debatte darüber alles Interesse. Der allen Dingen mit die französische Regierung endlich einmal, wie es sich gehört, den Untersuchungen der internationalen Friede Einheitskommission. (Beifall auf allen Banken.)

Man behauptet in Italien, es bestöhe zwischen Frankreich und Südlawen eine geheime Militärkonvention. Er, Blum, glaube nicht daran, aber er würde es begrüßen, wenn die Behauptungen der italienischen Blätter von französischer Seite offiziell demontiert würden. Über die Ereignisse in der albanischen Grenzzone habe die südlawische Regierung selbst eine Besondere vorgelegt. Sie habe damit das weitgehende Entgegenkommen gezeigt. Unter allen Umständen müßte dies Gegenstand von Verhandlungen werden, damit endlich einmal Europa wieder, welche Regierung es verlassen wolle, einen neuen Krieg zu verhindern. (Beifall auf allen Banken.)

Der Redner betonte zum Schluß die Gefahren, denen der Weltfrieden durch die südlawischen Regierungen in Italien und in anderen Ländern ausgesetzt sei, die alle Maßnahmen ihres Kriegsbezweckens in sich schließen. Das spezifische Frankreich müßte deshalb nicht als die der Zeit gehen. (Beifall auf allen Banken.)

Dann ergreift Briand noch einmal das Wort. Er hätte sich die Rede Blums bewußt, daß eine Debatte über den italienisch-

südlawischen Konflikt in der Kammer außerhalb Gehehen mit sich bringen könnte. Man möge sich damit begnügen, daß der Zwischenfall auf dem Wege einer friedlichen Lösung sich befindet. Eine öffentliche Diskussion würde das Risiko in sich schließen, die politischen Selbstschutzbefugten zu entlassen. Es könnten unvorsichtige Worte fallen, die ihrerseits neue Konflikte provozieren würden.

Im nächsten ist es noch einmal Briand nicht klar. In der außerordentlichen Sitzung für über gegen irgendeine Verhandlungsform zu äußern. Solche Äußerungen können niemals dem Frieden dienen.

Was die Intervention des Völkerbundes anlangt, die man von südlawischer Seite verlangt, so könnte sie nur erfolgen, wenn Albanien angeklagt würde. Die südlawische Regierung wolle genau, was sie zu tun habe. Sie habe in der gegen sie erhobenen die sofortige und schrittweise Forderung an den Tag gelegt, und damit ihre eigenen Zurückhaltung hat die Ereignisse, die ganz gut hätten schlicht ausfallen können, nicht schlicht ausfallen lassen.

Die französische Regierung sei jedenfalls der Ansicht, daß angefordert werden eine öffentliche Diskussion über die ganze Angelegenheit in der französischen Kammer unzulässig wäre. (Beifall auf allen Banken.) Sie hat sich in der Sitzung. Darauf wird durch Handaufheben die Beratung der Interpellation auf unbestimmte Zeit verschoben.

Durch Untersuchungs-Ausschuß geregelt?

Nachrichtenblatt der 'Vossischen Zeitung'

London, 22. März

Der diplomatische Meinungsausschuß über die albanische Grenzzone hat heute Abend über vorliegenden Nachrichten durch die Einsetzung eines militärischen Untersuchungs-Ausschusses durch die Großbanken mit dem Auftrag, die südlawischen Militärmaßnahmen zu prüfen, zu einem vorläufigen Abschluß gelangt.

Die Aussprache in Belgrad

Nachrichtenblatt der 'Vossischen Zeitung'

Belgrad, 22. März

Am Auftreten herrschte auch heute launiger ein roter Nebel. Am maßgebenden Stellen des Außenamtes betradtet man den Konflikt mit Italien im allgemeinen für beizulegen, nachdem England sich entschlossen hat, die fremdbeständige Vermittlung zwischen Italien und Südlawien zu übernehmen.

Die außenpolitische Debatte in der Stupachina entwarf der ersten außenpolitischen Zone und das zum ersten Male seit mehreren Jahren ein überhöhtliches Bild der Mächtigkeiten und Verbündungen der südlawischen Außenpolitik. In drei Hauptfragen Fragen-artige sich wolle Südlatvian in der Auflösung der Regierungsmehrheit und der Opposition, nämlich in der Frage der südlawischen Balkanpolitik, dem Frage der Einstellung Südlawien zu den europäischen Großmächten und in der Frage der Beziehungen zu Italien.

In der ersten Frage unterrichteten alle Redner das Grundprinzip: der Balkan den Balkanpolitik und begehnten ein Bündnis mit Bulgarien als sicherste Garantie für den Frieden auf dem Balkan.

In der zweiten Frage forderten fast alle die Anrechnung der südlawischen Außenpolitik an England. Diese von den westlichen Parteien-zentrale Auslösung bedarf sich nicht mit den Beziehungen der südlawischen Regierung, den Weg nach London zu gehen, was der erste praktische Schritt der Versuch zur Vermittlung Englands war.

In der Frage der Beziehungen zu Italien erlaubten sich die Parteien im allgemeinen für ein fortgesetztes, je sogar verstärktes spezifisches Verhältnis unter der Bedingung, daß auch Italien seinerseits gleich gegenüber Südlawien handele und nicht fähig die Sicherheit des Landes bedrohe. So wurde betont, daß der letzte Versuch Italiens fremdbeständige Maßnahmen gegen Südlawien einzusetzen, was ebenfalls ernstlich zurückgewiesen werden müßte. In der Beurteilung dieser Frage gab eine Meinungsausschussesmitglieder zwischen Serben, Kroaten und Slowenen.